

## Medienmitteilung

Thema	<b>Grünliberale bestätigen Martina Bernasconi als Kandidatin für Regierungsratsersatzwahl vom 18. Mai 2014.</b>
Für Rückfragen	David Wüest-Rudin, Präsident, Tel. 079 44 812 44 Martina Bernasconi, Grossrätin, Tel. 078 893 87 77
Absender	Grünliberale Basel-Stadt, Tel. 061 261 17 12, Postfach, 4001 Basel <a href="mailto:bs@grunliberale.ch">bs@grunliberale.ch</a> , <a href="http://www.bs.grunliberale.ch">www.bs.grunliberale.ch</a>
Datum	19. März 2014

**Martina Bernasconi wurde an der gestrigen Mitgliederversammlung einstimmig als offizielle Regierungsratskandidatin bestätigt. Die Grünliberalen stehen voll und ganz hinter ihrer Kandidatur; etliche Mitglieder haben sich bereit erklärt, Martina Bernasconi in ihrem Wahlkampf zu unterstützen. Weiter haben die Grünliberalen Parolen zu zu den Abstimmungsvorlagen vom 18. Mai 2014 gefasst: Ein Ja gab es für den Gegenentwurf der Hausarzt-Initiative und den Rheinuferweg. Ein Nein erhielt die Pädophilen- sowie die Mindestlohn-Initiative und auch der Gripen wurde bachab geschickt. Die Jahresrechnung 2013 als auch das Budget 2014 wurden einstimmig abgeseget.**

### **Grünliberale nominieren Martina Bernasconi mit Begeisterung**

An der Mitgliederversammlung vom letzten Januar wurde mit offenem Ausgang debattiert, ob und mit wem die Grünliberalen für die Regierungsratsersatzwahl vom 18. Mai 2014 kandidieren wollen. David Wüest-Rudin erzählte, dass danach ein Ruck durch die Partei ging und viele Mitglieder mit ihm das Gespräch gesucht hätten mit der Bitte, man müsse hier und jetzt ein Zeichen aus der politische Mitte setzen und eine Auswahl präsentieren, man könne eine praktisch stille Wahl nicht zulassen. Wüest-Rudin betonte an der gestrigen Versammlung denn auch, dass Sitze in Exekutivgremien nicht notwendigerweise Parteisitze seien, das zeigten viele Beispiele in Kantonen und Städten. Die politischen Lager, unterschiedliche Kompetenzen und Persönlichkeiten sowie die Geschlechter sollten angemessen vertreten sein. Zudem sei die CVP mit einem Wähleranteil von rund 7% durchaus in der Reichweite der Grünliberalen mit rund 5%.

Martina Bernasconi musste nicht zur Kandidatur überredet werden, sie tritt überzeugt an und machte der Versammlung ihren Beweggrund zur Kandidatur noch einmal deutlich: "Es gibt nur eine Regierungsrätin und sechs Regierungsräte. Das finde ich keine gute Abbildung der Bevölkerung. Die Geschlechterquotenregelung ist mit einem grossen Mehr der Bevölkerung angenommen worden. Als Frau der politischen Mitte gab dies für mich den Ausschlag anzutreten". Martina Bernasconi hat schon einmal kandidiert. Ihre Wahlchancen wären damals gering und dessen sei sie sich auch bewusst gewesen. Heute sehe das aber anders aus: "Ich bin überzeugt, dass ich eine echte Chance habe, auch wenn Lukas Engelberger nach wie vor der Favorit ist". Die Mitglieder zeigten anschliessend, dass sie voll und ganz hinter der Kandidatur von Martina Bernasconi stehen. Es folgten ausschliesslich positive Wortmeldungen: "Endlich einmal eine Frau, die sagt, ich will so etwas. Dass sie den Mut hat und sagt, ich will kandidieren, dass finde ich ganz toll", war eine Rückmeldung, oder "Ich war ursprünglich dagegen, dass wir eine Kandidatur lancieren. Ich habe meine Meinung geändert. Sie hat mir mit glänzigen Augen gesagt, dass sie das will. Das hat mir gereicht. Meine Unterstützung hat Martina 200%". Mit grossem anhaltendem Applaus wurde die Martina Bernasconi schliesslich zur Wahl nominiert.

### **Jahresrechnung und Budget genehmigt**

Die Grünliberalen haben die Jahresrechnung 2013 und das Budget 2014 genehmigt und den Vorstand entlastet. Die Rechnung 2013 zeigte einen Überschuss von 34'000 Franken, der den Reserven zugewiesen wurde. Unter anderem wird damit der Regierungsratswahlkampf von Martina Bernasconi bestritten, für den netto zu Lasten der Partei 15'000 Franken ins Budget gestellt wurde.

### **Nein zur Pädophilen-Initiative mit deutlicher Befürwortung des indirekten Gegenvorschlages**

Die Grünliberalen haben deutlich Nein gesagt zur Pädophilen-Initiative, Automatismen im Strafrecht seien nicht verfassungskonform (Verhältnismässigkeit, Ermessen der Gerichte). Allerdings wurde in allen Voten deutlich, dass die heutige Situation unbefriedigend ist und die Initiative nur mit Blick auf den indirekten Gegenvorschlag abgelehnt wird.

### **Nein zur Mindestlohn-Initiative und Nein zum Gripen**

Absolut chancenlos waren die Mindestlohninitiative sowie der Gripen. Betreffend Mindestlöhne wurde betont, dass die Schweiz im internationalen Vergleich eine ausgeglichene Einkommensverteilung und keine Dumpinglöhne kenne. Zwar sei richtig, dass man auch von kleinen Löhnen den Lebensunterhalt solle bestreiten können, dies sei aber lediglich für Menschen mit Unterstützungspflichten, also Familien/Alleinerziehende mit geringem Lohn, ein Problem. Hier solle man gezielt unterstützen. Die flächendeckende Normierung eines Mindestlohns vernichte demgegenüber Arbeitsplätze, schaffe bei Ausbildung und Praktikas Probleme und mache den Standort Schweiz unattraktiv.

Beim Gripen war die Sachlage ebenfalls klar: Sicherheitspolitisch sei der Gripen unnötig und finanzpolitisch verantwortungslos. Nur zwei Mitglieder konnten sich für den Flieger erwärmen, das grosse Mehr der Versammlung schickte diesen bachab.

### **Knappes Ja zum Gegenvorschlag Hausarztmedizin**

Ein Diskussionspunkt war die Problematik der bestehenden Taxpunkte. Solange ein Facharzt mehr Taxpunkte erhält als ein Hausarzt, gäbe es keine Anreize, Hausarzt zu werden. Die Hausarztmedizin sei folglich für nachfolgende Ärztegenerationen unattraktiv. Schliesslich haben die Mitglieder den Gegenvorschlag zur Hausarztmedizin mit einer knappen Mehrheit angenommen.

### **Ja zum Rheinuferweg**

Die Debatte um den Bau eines Rheinuferweges wurde von den geladenen Gästen Matthias Hagemann (Geschäftsleiter Radio Basilisk und Initiativ-Befürworter) und Christian Eich (Vereinspräsident "Unser Stadtbild") in Form einer Podiumsdiskussion geführt. Matthias Hagemann machte sein Anliegen bereits zu Beginn deutlich: Ein Rheinuferweg wäre sowohl für alle Einwohner als auch für Touristen eine tolle Angelegenheit. Absolut zentral sei, dass die Stadt Basel weiterentwickelt würde. In der Stadtmitte gehe es nicht darum, seine Ruhe zu haben. Diesem Argument stimmten viele Mitglieder zu.

Christian Eich hingegen betonte, dass ein solcher Steg nicht unter der Brücke hindurch gebaut werden könne. Allerdings würde man stark in die Uferpartie eingreifen, die aus Naturschutzüberlegungen schützenswert ist. Ein solcher Eingriff sei deshalb unverhältnismässig und würde viel zerstören. Ein Ja zum Rheinuferweg würde letztlich die Konsequenz nach sich ziehen, dass man viel Geld für die Ausarbeitung von Bauplänen ausgäbe, die eventuell gar nicht genehmigt würden. Auch einige Mitglieder äusserten sich kritisch: Man müsse nicht überall hingehen können und alles unnötig zubauen.

Die Abstimmung machte dennoch deutlich, dass die meisten anwesenden Mitgliedern den Bau eines Rheinuferweges befürworten. Mit deutlichem Mehr wurde die Ja-Parole gefasst.